

4 Fragestunde

Bgm. Mag. Nagl:

Ich darf nun zur Fragestunde kommen. Es ist auf unserer Gemeinderatssaal-Uhr 12.30 Uhr.

4.1 Frage 1: Kosten für E-Bus-Testläufe (GR Mag. Muhr, MSc, SPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)

Muhr: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Hinsichtlich der Feinstaubbelastung ist ja die Emissionsreduktion bei den Fahrzeugen in Graz ein großes Thema. Selbst die Holding hat dieses Thema schon in der letzten vergangenen Periode aufgegriffen und testet derzeit den Einsatz von alternativen Antrieben, wie z.B. mit elektrischem Strom, und es ist ja auch der Wasserstoff bereits in das Blickfeld der Holding gerückt. Leider ist aber auch die Information über den ungefähren Erfolg oder den Verlauf über diese Testphasen besonders bei den E-Bussen etwas mangelhaft. Die Direktinformation, man bekommt sie nur aus den Medien. Wenn man jetzt Recherchen durchführt, welche direkten Informationen der Gemeinderat dazu erhalten hat, dann stoßt man lediglich auf ein Protokoll aus der Verkehrsausschusssitzung vom 18. November 2015. Seitdem, es ist fast 2 ½ Jahre vergangen, gab es zu diesem Thema keine direkte Information seitens der Holding bzw. der zuständigen Stellen von Graz. Daher stelle ich an dich die

Frage:

Bist du bereit, in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses im April 2018 einen umfassenden schriftlichen Bericht betreffend die vergangenen Entwicklungen und den aktuellen Stand an die Ausschussmitglieder zu übermitteln?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Emissionsreduktion bei allen Fahrzeugen in Graz ist ein wichtiges Thema. Daher hat sich die Holding Graz schon in der vergangenen Gemeinderatsperiode entschlossen, für ihre Busflotte die Anwendung von alternativen Antrieben zu testen. Informationen über den ungefähren Erfolg und Verlauf der Testphase für E-Busse konnte man jedoch bislang lediglich über diverse Printmedien erhalten. Führt man eine Recherche hinsichtlich der direkten Information an den Gemeinderat durch, stößt man nur auf einen mündlichen Informationsbericht, der im Rahmen der Sitzung des Verkehrsausschusses am 18. November 2015 vorgebracht wurde.

Nun gab es bereits seit zweieinhalb Jahren keine direkte Information über diese wichtige Testphase seitens der Holding bzw. der Verkehrsplanung an den Gemeinderat. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

Frage:

Bist du bereit, in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses im April 2018 einen umfassenden schriftlichen Bericht betreffend die vergangenen Entwicklungen und den aktuellen Stand an die Ausschussmitglieder zu übermitteln.

StRⁱⁿ **Kahr:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Ewald. Danke für deine Frage an mich. Genau aus demselben Grund habe ich im letzten Jahr schon in den Kontrollgremium-Sitzungen diese Anfrage an die Holding gestellt, wann sie sozusagen mit den Ergebnissen, Kosten und Evaluierungen, wann wir damit rechnen können. Es gab keine, bis dahin, zufriedenstellende Antwort oder auch Unterlagen. In der letzten Kontrollgremium-Sitzung, die am 11. Jänner 2018 stattgefunden hat, habe ich erneut diesen Antrag gestellt und daraufhin wurde mir mitgeteilt, und das ist auch so einstimmig im Kontroll-Gremium beschlossen worden, dass mit Ende Mai 2018 der

Evaluierungsbericht fertig ist. Man möchte auch die KundInnenbefragung, die jetzt parallel stattfindet, abwarten und Ende Mai liegt dieser Bericht fertig vor und wenn ich den Bericht fertig vorliege habe, ist es selbstverständlich, dass ich damit auch in den Verkehrsausschuss gehe.

GR. Mag. **Muhr**: Wenn man sich das Protokoll ein wenig näher ansieht, dann sieht man darin auch, dass die Ausgangskosten 150.000 € betragen. Zum Zeitpunkt von 2015, wo das Protokoll dann erstellt wurde, spricht man davon, dass sich diese Lage verdoppelt hat, also 300.000 €. Wenn ich den damaligen Verkehrsstadtrat Mario Eustacchio zitieren darf aus dem Protokoll: „Die Holding ist mit technischer Umsetzung beauftragt, das Kontrollgremium zwischen Stadt und Holding wurde im Vorfeld nicht befasst. Projekte, welche finanzrelevant sind, sollten zuerst im Kontrollgremium berichtet werden, dann im Gemeinderat. Das ist die richtige Vorgehensweise, eine gute Geschichte, jedoch sollte die Reihenfolge eingehalten werden.“ Jetzt ist meine Frage natürlich, wie kann es sein, dass so ein wichtiges Projekt, finanzrelevant, nicht im Kontrollgremium beschlossen wird?

Kahr: Die Aussage von meinem Vorgänger kann ich nur unterstreichen. Es ist eine sehr seltsame Vorgehensweise. Deshalb habe ich das auch aus dem gleichen Grund immer eingefordert. Wenn dazu trotzdem keine schriftlichen Berichte gegeben werden, ist das sehr bedenklich, das muss ich so sagen. Noch einmal, es ist aber versprochen worden, im Mai diesen Bericht im Kontrollgremium vorzulegen, dann muss es dazu einen Beschluss geben und dann können wir sozusagen in den Verkehrsausschuss. Ich kann dir beim besten Willen keine näheren Details geben, weil ich sie auch nicht kenne.

Muhr: Das wäre auch etwas für den Kontrollausschuss bzw. auch für den Stadtrechnungshof, dass man sich das genauer ansieht.

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich darf heute im Besonderen die Schülerinnen und Schüler der siebenten Klassen des BORG Monsbergergasse begrüßen, die im Rahmen ihrer Projektwoche heute dem Gemeinderat beiwohnen unter der Leitung von Frau Prof. Gundi Sandholzer und unter der Leitung von Frau Professor Monika Kehl. Herzlich willkommen. Schön, dass ihr da seid's. (*Allgem. Appl.*) Ebenso herzlich begrüße ich meinen Bürgermeisterkollegen Jürgen Winter aus Schladming, der heute auch ein gewisses Interesse an dieser Sitzung hat, schön, dass du da bist. (*Allgem. Appl.*) Nachdem neben ihm gleich der Präsident unseres GAK steht, erlaube ich mir, auch Herrn Rannegger ganz, ganz herzlich zu begrüßen, auch er möchte heute der Gemeinderatssitzung bewohnen. (*Allgem. Appl.*)

4.2 Frage 2: Maßnahmen gegen zu Boden fallende Dachziegel in Fußgängerzonen (GR. Swatek, BSc, Neos an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)

Swatek: Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio. Ich habe heute eine Frage an Sie zu einem Thema, das Ihnen normalerweise sehr am Herzen liegt, nämlich die Sicherheit der Grazer und Grazerinnen, auch wenn es in dieser Form normalerweise nicht bei Ihnen vorkommt. Immer wieder fallen in Graz Bauteile von Gebäuden, wie z.B. Mauerstücke oder Ziegel. Erst Anfang Februar, am 6. Februar, um genau zu sein, stürzten in der Herrengasse, Mauer- und Dachziegel zu Boden. Daraufhin mussten Geschäfte vorübergehend schließen. Nur wenige Monate zuvor, im Oktober, fielen Mauerteile auf der Höhe der Adresse Hauptplatz 16-17 zu Boden, auch da gab es keine Verletzten. Diese Vorfälle

haben nicht nur zur Folge, dass temporär Geschäfte schließen müssen, sondern sind vor allem eine Gefahr für Leib und Leben für die Grazerinnen und Grazer. Daher meine

Frage

an Sie:

Welche Maßnahmen sind Ihrerseits geplant, um Grazerinnen und Grazer in Zukunft von herabfallenden Gebäude-Bauteilen, besonders in den stark frequentierten Fußgängerzonen, zu schützen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Stadtrat Eustacchio, immer wieder ist in Graz von herabfallenden Bauteilen von Gebäuden wie Mauerstücken oder Ziegeln zu hören. Erst Anfang Februar krachten Teile einer Mauer und des Daches mitten in der Herrengasse zu Boden. Nur wenige Monate zuvor, im Oktober fielen Mauerteile auf der Höhe der Adresse Grazer Hauptplatz 16/17 zu Boden. Bei Beiden Fällen gab es Gott sei Dank keine Verletzten. Vorfälle dieser Art führen nicht nur zu einer temporären Schließung von Geschäften in der Innenstadt, sondern stellen vor allem eine wesentliche Gefahr für Leib und Leben da.

Frage:

Sehr geehrter Stadtrat Eustacchio, welche Maßnahmen sind Ihrerseits geplant, um Grazerinnen und Grazer in Zukunft von herabfallenden Gebäude-Bauteilen, besonders in den stark frequentierten Fußgängerzonen, zu schützen?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Danke, lieber Gemeinderat, der Schnee hat natürlich seine Spuren hinterlassen, das ist zweifellos, aber konkret zur Beantwortung. Gemäß Paragraf 39 Absatz eins des Steiermärkisches Baugesetzes hat der Eigentümer, ich betone, der Eigentümer, dafür zu sorgen, dass die baulichen Anlagen in einem der Baubewilligung, der Baufreistellung und den baurechtlichen Vorschriften entsprechenden Zustand erhalten werden.

Es handelt sich hier um eine Verpflichtung, die der Eigentümer von sich aus zu erfüllen hat, ohne dass die Behörde die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen und die Behebung der Bewilligung und die baurechtlichen Vorschriften widersprechende Zustände auftragen kann.

Bei Gefahr im Verzug kann die Behörde die erforderliche Sicherungsmaßnahme oder Sicherungsmaßnahmen als Sofortmaßnahme anordnen und vollstrecken. Konkret auf deine Anfrage, die angesprochenen Baugebrechen, herabfallende Dachziegel oder Mauerwerke, können von der Behörde wohl kaum verhindert werden, da sicherlich nicht möglich ist, gänzlich alle Dachziegel bzw. Fassaden vorbeugend zu überprüfen bzw. zu beurteilen, ob ein alter Dachziegel unter der Schneelast und unter Frosteinwirkung bricht. Das ist ein Verlangen, das in der Umsetzung unmöglich ist.

GR. **Swatek**: Die Schwerkraft ist auch ein Thema, ja. Es betrifft natürlich nicht nur Schnee, aber nebensächlich, meine Zusatzfrage ist: Glauben Sie, dass besonders der Altstadtsschutz dazu beiträgt, dass immer mehr Ziegel von Dächern fallen bzw. dass Eigentümer von Gebäuden deshalb weniger auf ihre Dächer achten?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das wäre jetzt eine Mutmaßung, die ich unterstelle, das glaube ich natürlich nicht, im Gegenteil, der Altstadtsschutz dient ja dazu, dass diese historisch wertvollen Gebäude auch erhalten werden. Wie gesagt, ich wiederhole mich, man kann nicht im Vorfeld davon ausgehen, dass Dachziegel herunterfallen oder Mauerteile. Das liegt letztlich wirklich nur allein am Eigentümer, der dafür Sorge zu

tragen hat, dass alles in Ordnung ist. Wir können dann, wenn etwas passiert ist, natürlich handeln und auffordern, aber nicht im Vorfeld alle Grazer Dächer oder alle Gebäude überprüfen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

4.3 Frage 3: Erhöhung der Verbundtarife (GR DI Topf, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)

GR. DI **Topf**: Herr Bürgermeister, verehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Bevor ich an dich, geschätzte Frau Stadträtin, werte Elke, die Frage stelle, möchte ich ein paar Sätze zur Begründung und zum Motiv vorbringen, die mich zu dieser Frage geführt haben. Anlass für mich und unsere Fraktion war der Artikel in der Kleinen Zeitung vom 8. März, wo offenbar über Jahre gepflogene vertragliche Regelungen angeführt wurden, die dazu geführt haben, dass Verbundtarife in allen Kategorien, wenn ich das so ansprechen darf, erhöht werden und das wurde von deiner Seite, aber auch von den anderen Fraktionen oder Oppositionsfraktionen, wenn man das so nennen will, hier im Gemeinderat sehr hart kritisiert.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Anpassung durchaus noch vertretbar ist, insbesondere unter dem Aspekt, dass die Grazer Jahreskarte im österreichweiten Vergleich mit nunmehr € 269, anstelle € 247, ein unglaublich attraktiver und durchaus sehenswerter Preis ist. Ich rechne das gerne um in Tagen, das sind € 0,74 pro Tag, die diese Grazer Jahreskarte kostet. Ich möchte aber auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir ständig durchaus mit berechtigten Forderungen aus der Bevölkerung, aus den Bezirken konfrontiert werden und diese Forderung natürlich auch an die Holding herantragen. Ich denke da an das rollende Material, an den Austausch der Busflotte, ich denke da an die Verlängerung der Straßenbahnen, aber ich denke natürlich auch an die berechtigten Forderungen, was die Personalkosten betrifft. Das muss in irgendeiner Form abgedeckt werden und ich durfte selber seinerzeit als noch

Gemeinderäte im Kontrollgremium vertreten waren, miterleben, wie schwierig hier diese Finanzierungssituation zu bewältigen ist. Insbesondere auch unter dem Aspekt, dass natürlich bestimmte Kontingente im Verkehrsfinanzierungsvertrag festgelegt werden.

Es ist also so, dass es nichts Überraschendes oder Unvorhergesehenes gewesen ist, dass diese Erhöhungen kommen und deshalb ist es schon ein eine Überraschung für uns gewesen, dass du gesagt hast, da ist plötzlich eine Erhöhung gekommen, die nicht vorhersehbar, die also hier zu kritisieren wäre. Wir reden ja insgesamt von 36.000 Grazer Jahreskarten und 5.000 Jahreskarten, die regulär, das muss man unterscheiden, weil wir reden ja insbesondere von Jahreskarten, die die Stadt Graz als Bonus für die Hauptwohnsitzbesitzer in Graz zur Verfügung stellt. Also insgesamt 41.000, ich darf daher die

Frage

an dich stellen:

Warum bist du nicht bereit, wenn es dir ein Anliegen ist, innerhalb deines Ressorts umzuschichten, allenfalls Projekte zu verschieben oder gar aufzugeben, um z.B. die Anhebung des Tarifs, der ja stark kritisiert wurde, für die Grazer Jahreskarte, speziell spreche ich diese Jahreskarte an, noch einmal die Summe, 36.000 Stück, per 1. Juli 2018 auszugleichen oder zumindest abzufedern?

Originaltext der Frage:

Im Hinblick auf die von dir so kritisierte Anhebung der Tarife des Verkehrsbundes stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

„Warum bist du nicht bereit, Mittel innerhalb deines Ressorts umzuschichten, allenfalls Projekte zu verschieben oder gar aufzugeben, um z.B. die Anhebung des Tarifs für die Grazer Jahreskarte – per 1. Juli 2018 – auszugleichen bzw. zumindest abzufedern, was für dich ja offenbar oberste Priorität hat?“

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Georg. Danke, dass du zu deiner Frage sozusagen im Motivenbericht deine Ausführung gegeben hast. Das habe ich ja nicht gesehen, ich habe ja nur deine Frage gesehen. Ich habe mir gedacht, ich kenne dich so lange, und ich kenne dich als Gemeinderat immer seriös und auch sachlich und dass man auch oft unterschiedlicher Meinung sein kann, das ist legitim, aber die Frage alleine hat mich etwas verwundert, weil da weichst du etwas von deiner gewohnten Linie ab. Aber unabhängig davon, du kannst dich sicherlich erinnern, dass wir 2014 ÖVP, SPÖ und die KPÖ gemeinsam darum gerungen haben und gemeinsam auch die politische Entscheidung getroffen haben, die Jahreskarte für die Grazerinnen und Grazer um den Halbprijs anzubieten. Das war nicht leicht, das war ein politischer Kraftakt, den haben wir aber gemeinsam geschafft und der hat sich gelohnt und ausgezahlt, weil wir dadurch wieder viele Grazerinnen und Grazer an die Graz Linien, an unser Verkehrsunternehmen auch binden konnten, dauerhaft mit Jahreskarten. Ich weiß auch, wie sich alle hier gefreut haben, auch damals der Kollege Stadtrat Rüschi, auch der Bürgermeister und alle Kollegen, die das auch mitgetragen haben. Davon sollten wir auch nicht abweichen. Das ist auch im Wissen selbstverständlich, dass wir im Angebot weiterkommen müssen, du kannst nicht nur über die Tarifpolitik die Leute gewinnen und halten, selbstverständlich muss die Qualität und das Angebot zur Weiterung weiter kommen, aber auch, natürlich muss der öffentliche Verkehr für die Bevölkerung leistbar bleiben. Wenn wir, und das brauche ich dir nicht sagen und allen Kollegen, die jetzt schon lange hier mit verkehrspolitischen Fragen beschäftigt sind, seit Jahrzehnten kann diese Tarifautomatik um das 1,75-fache vom

Verbraucherpreisindex ausgeschöpft werden und es ist auch immer ausgeschöpft worden. Das verärgert auch viele Kunden und Kundinnen wieder, weil es nicht klasse ist, wenn das Einzelfahrtticket 2,40 mittlerweile kostet. Das ist nicht billig im Wissen, dass du damit nur eine Stunde fahren kannst. Ich will auf das Thema gar nicht eingehen, weil jeder, der damit zu tun hat, hört das tagtäglich. Unser Ziel muss es schon sein, die Menschen in Graz an unser Unternehmen zu halten und deshalb ist es nicht überraschend gekommen von mir, sondern meine Fraktion tritt hier, und nicht nur wir, das möchte ich nur betonen, wir haben 2011 einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss gehabt, auch eure Fraktion, die dieses Anliegen auch unterstützt haben. Das vertrete ich auch als Verkehrsstadträtin und dafür werde ich auch weiter eintreten. *(Appl. KPÖ)*

Topf:

Es geht ja darum, das, was du hier jetzt vorgetragen hast ist ja durchaus commonsense-würdig, wenn ich so sagen darf, aber wenn das eine voraussehbare, also sozusagen ständig auch das kritisiert wird, Erhöhung ist, dann würde ich doch meinen, dass es, und das wäre jetzt die Zusatzfrage, wie stellst du dir das vor, dass du aus deinem Ressort diese Differenz allenfalls zugunsten der Grazerinnen und Grazer ausgleichst oder abfederst? Das wäre die entscheidende Frage. Gibt es Möglichkeiten aus dem Ressort, du bist die zuständige Stadträtin, diese Differenz, die offensichtlich eine jährliche Gepflogenheit ist, wenn man das so sagen darf, dass man das entsprechend aus deinem Budget, aus deinem Ressort, wenn nicht ganz ausgleicht, aber zumindestens abfedert.

Kahr:

Falls du es nicht weißt, ich gebe es dir gerne auch heute noch. Ich gehe davon aus, dass du die Budget-Ziffern von meinem Ressort kennst. Die sind so gering wie seit Jahrzehnten nie zuvor. Aber wenn du dich, und davon gehe ich jetzt auch aus, gemeinsam mit mir einsetzt, dass wir diese Mittel zusätzlich bekommen, dann kann ich das auch gerne von meinem Ressort übernehmen.

Bgm. Mag. Nagl:

Erlauben Sie mir eine Zusatzbemerkung, weil es schon spannend ist, wie es zu diesem 1,75-Faktor gekommen ist. Es handelt sich, und das hat man versucht, soweit ich das weiß, auch über das letzte Jahrzehnt genau zu betrachten, nicht nur ein Abfedern der Gehalts- und Lohnerhöhungen, die wir im Fahrerbereich und dem Werkstättenbereich haben, weil die muss ja irgendjemand, wenn ich so sagen darf, diese Erhöhungen finanzieren, sondern es handelt sich da auch um die Investitionen, die zu tätigen sind, die Reparaturen, die zu schaffen sind und es handelt sich für die Betriebe letzten Endes auch darum, wie sich der jeweilige Ölpreis entwickelt oder in dem Fall jetzt auch der Strompreis, wenn man mit Elektrobussen unterwegs ist. Aber Faktum ist, das sind alles Faktoren und da ist man jetzt, glaube ich, auch von Landesseite bei der Rückschau der letzten zehn Jahre auf einen sehr fairen Angebotspreis der Bus- und Straßenbahnunternehmungen und sprich auch der Holding gekommen. Also das liegt nirgendwo drüber oder drunter und es wäre schön, wenn das jemand auch abfedern könnte.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.48 Uhr).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Ich übernehme den Vorsitz. Darf Herrn Gemeinderat Luttenberger bitten, an das Podium zu kommen und darf gleichzeitig auch Herrn Klubobmann Dreisiebner rausbitten, da sich die Fragen überschneiden.

**4.4 Frage 4: Rechtsgutachten zur Causa Seiersberg
(GR Luttenberger, KPÖ an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)**

Luttenberger:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Stadtsenat, werte Gemeinderatskolleginnen und kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Gäste und Gästinnen auf der Balustrade. Ich hätte da mal eine Frage, und zwar geht es um die leidige Causa Seiersberg und ich finde es auch gut, dass der Karl dabei ist. Denn ich denke, er wird in ein ähnliches Horn stoßen. Die Causa ist wirklich leidig, weil erinnern wir uns, wir beschäftigen uns da schon Jahre. Herr Bürgermeister, das gebe ich gerne zu, Sie haben da sicher sehr gute Kenntnisse, weil Sie sind ja da auch oft immer dabei. Es ist halt so, dass eine große Gesellschaft, höchstwahrscheinlich die größte in der Steiermark, dies so Einzelhandelsunternehmen konzentriert, manchmal Dinge macht, die nicht gerade oder hart an der Grenze der Legalität sich befinden. Da baue ich Verbindungsbauten und nachher komme ich drauf, na eigentlich müsste ich das bei der Einzelstandortsverordnung im Land nachjustieren.

Bitte glauben Sie mir, es geht in Seiersberg um hunderte Arbeitsplätze, aber es geht auch in der Stadt Graz beim Innenstadthandel und beim Stadthandel um hunderte Arbeitsplätze und dass Unzufriedenheit aufkommt über die Art und Weise, wie das gehandhabt wird, scheint logisch zu sein. Und ich erinnere an die letzte Gemeinderatssitzung am 17. November 2016, wo der Karl Dreisiebner im Namen der

Grünen einen Dringlichkeitsantrag gestellt hatte, auch mehrheitlich durchgegangen ist, wo es sinngemäß oder, besser gesagt, nicht sinngemäß, sondern genau darum gegangen ist, dass die Stadtgemeinde Graz, die derzeit zur Begutachtung befindliche Einzelhandelsstandortverordnung vom Shoppingcenter Seiersberg, dass sie eine Stellungnahme ausarbeitet und dass sie es fristgerecht einbringt.

Diese Stellungnahme ist passiert zwischenzeitlich. Vor einigen Tagen konnte man in der Kleinen Zeitung hier Launiges lesen. Ich erspare mir jetzt diese ganzen inhaltlichen Sachen. Sie werden den Zeitungsartikel kennen, aber er gipfelt in dem Satz, die 2016 erfolgte Notreparatur vom Land her zur Rettung der Einkaufscity wäre womöglich nur noch Makulatur, wenn hier diese Punkte, die hier von der Grazer Stellungnahme ausgearbeitet wurden, wirklich zur Anwendung kämen. Sagen muss ich auch noch, obwohl es nur ein paar Meter sind vom Rathaus zum Landtag, scheint ein anderer Kontinent dazwischen zu liegen, weil bei dieser Reparatur haben dann plötzlich auch Grazer ÖVP- und FPÖ-Mandatare im Sinne des Landes gestimmt. Obwohl es natürlich ein freies Mandat gäbe, rein hypothetisch. So, das gipfelt jetzt alles in der Frage, es hätte schon im Jänner im Stadtsenat dieses Gutachten behandelt werden sollen. Das ist nicht passiert, die Kleine Zeitung schreibt auch launig, möglicherweise hat der Herr Landeshauptmann hier großes Interesse, das zu verhindern, mag sein.

Frage

an Sie, Herr Bürgermeister:

Wann wird das besagte Rechtsgutachten dem Stadtsenat vorlegt, damit er weitere Schritte zugunsten des Grazer Innenstadthandels in die Wege leiten kann?

Originaltext der Frage:

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
die drei durch sogenannten „Interessentenweg“ in Seiersberg miteinander verbundenen Einkaufszentren sorgen seit Jahren nicht nur für hitzige Debatten und juristisch fragwürdige Notlösungen, sondern auch dafür, dass viel Kaufkraft und Arbeitsplätze aus der Grazer Innenstadt verloren gehen. Das haben wir auch schon mehrfach hier im Gemeinderat diskutiert. Auch ÖVP und FPÖ haben 2016 einem mehrheitlich angenommenen Dringlichkeitsantrag zugestimmt, „eine umfassende Stellungnahme der Stadtgemeinde Graz zu der derzeit in Begutachtung befindlichen Einzelstandortverordnung zum Shopping-Center Seiersberg ausarbeiten zu lassen und fristgerecht einzubringen“. Es sorgte dann für Irritationen, dass die Grazer Landtagsabgeordneten Alexandra Pichler-Jessenko, Barbara Riener und Sandra Holasek (ÖVP) sowie Andrea-Michaela Schartel, Hedwig Staller und Gerhard Kurzmann (FPÖ) der umstrittenen Gesetzesreparatur ihre Zustimmung gegeben haben. Am vergangenen Sonntag war nun den Medien zu entnehmen, dass Ihnen ein Rechtsgutachten zur Causa Seiersberg vorliegt. „Ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten listet eine Reihe von neuen, gewichtigen Bedenken auf. Würde man diese Geschütze in Stellung bringen, dann käme das beliebte Einkaufszentrum in arge Bedrängnis. Die 2016 erfolgte Notreparatur zur Rettung der Einkaufs-City wäre womöglich nur mehr Makulatur“, schreibt die Kleine Zeitung. Bereits im Jänner hätte es dem Stadtsenat vorgelegt werden sollen, der darauf aufbauend die Erhebung einer Beschwerde hätte beschließen können. Das Stadtsenatsstück wurde jedoch abgesetzt – angeblich auf „persönliche Intervention von Landeshauptmann Schützenhöfer“. Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende*

Frage:

Wann wird das besagte Rechtsgutachten dem Stadtsenat vorlegt, damit er weitere Schritte zugunsten des Grazer Innenstadthandels in die Wege leiten kann?

**4.5 Frage 5: SCS Seiersberg - Beschwerde bei der Volksanwaltschaft
(GR Dreisiebner, Grüne an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)**

Dreisiebner:

Bis wann werden Sie dem Stadtsenat das bereits ausgearbeitete und mit Gutachten untermauerte Stück für die Beschwerde bei der Volksanwaltschaft nun zum Beschluss vorlegen, damit in der Causa SCS Seiersberg endlich dieser notwendige weitere Schritt im Interesse der Stadt und des Wirtschaftsstandortes Graz gesetzt werden kann?

Herzlichen Dank an den Kollegen Kurt Luttenberger für die Vorwegnahme von schon sehr vielem. Auch des Faktums, dass wir ja einen Mehrheitsbeschluss im Herbst 2016 in diesem Haus fassen konnten, der sowohl von der ÖVP als auch von der KPÖ und den Grünen unterstützt worden ist. Dafür noch einmal einige Jahre später, danke. Wie mir bekannt ist, spätestens seit dem Zeitungsartikel vom Samstag, war im Jänner auf der Tagesordnung der Stadtsenat-Sitzung ein viele Seiten starkes Gutachten und die Absicht, eine Beschwerde bei der Volksanwaltschaft per Stadtsenatsbeschluss herbeizuführen, davon ist auch die Stadträtin der Grünen, Tina Wirnsberger, ausgegangen und dann wurde am Beginn bzw. im Zuge der Stadtsenat-Sitzung am 26. Jänner das Stück abgesetzt, zurückgezogen. Mit dem Hinweis, dass es noch juristischer Prüfungen Bedarf. Die Frage, die sich aus dem herausstellt, ist ziemlich ähnlich wie jene vom Kurt Luttenberger. Die Befürchtung, dass das gar nicht mehr weiter verfolgt wird, steht im Raum. Nicht zuletzt seit dem Zeitungsartikel und deswegen an Sie, Herr Bürgermeister

die Frage:

Bis wann werden Sie dem Stadtsenat das bereits ausgearbeitete und mit Gutachten untermauerte Stück für die Beschwerde bei der Volksanwaltschaft zum Beschluss im Stadtsenat vorlegen, damit in der Causa SCS Seiersberg endlich dieser notwendige weitere Schritt im Interesse der Stadt und des Wirtschaftsstandortes Graz gesetzt werden kann?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, das Land Steiermark hat bekanntlich im Interesse des SCS in Seiersberg in einer bisher wohl einzigartigen Vorgangsweise - manche würden das mit dem Begriff „Anlassgesetzgebung“ umschreiben - das Steiermärkische Landes-Straßenverwaltungsgesetz geändert, wogegen die Stadt Graz Einsprüche eingelegt hat. Nun ist am 26. Jänner dieses Jahres ein Beschlussstück für den Stadtsenat zwecks Beschwerde-Erhebung bei der Volksanwaltschaft überraschend von der Tagesordnung genommen worden und bis heute nicht wieder angesetzt worden. In diesem Sinne darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage

richten:

Bis wann werden Sie dem Stadtsenat das bereits ausgearbeitete und mit Gutachten untermauerte Stück für die Beschwerde bei der Volksanwaltschaft nun zum Beschluss vorlegen, damit in der Causa SCS Seiersberg endlich dieser notwendige weitere Schritt im Interesse der Stadt und des Wirtschaftsstandortes Graz gesetzt werden kann?

Bgm. Mag. Nagl:

Wenn ich mich auch über so manche Überschrift in Medien wundern kann, die Aussage von mir ist klipp und klar: Wir haben ein externes Gutachten in der Causa eingeholt. Wir wollen dieses externe Gutachten noch intern juristisch überprüfen lassen, weil darin ja auch ein Vorschlag enthalten ist, nämlich der Vorschlag, das als Beschwerde der Volksanwaltschaft weiterzugeben. Wir haben einen Bundesverfassungsgerichtsentscheid in der Frage schon gehabt. Das Land Steiermark hat in zweifacher Weise darauf reagiert. Einmal hat der Landesrat Lang, der zuständig ist, im Punkt eins der Standortverordnung das Verfahren eingeleitet. Dafür gab es, wenn ich es sagen darf, auch schon viele Gutachten und Stellungnahmen, auch die der

Stadt Graz, darüber hinaus selbstverständlich auch die unserer Wirtschaft. Aber was vielleicht auch noch nicht unwesentlich ist, auch aus der Regionssicht, und wir haben damals bei der Regionalversammlungssitzung da hier herinnen auch so manches an Divergenzen, die da beschrieben wurden, auch erlebt. Und jetzt geht's einfach darum zu überprüfen, ob dieses Gutachten, und vor allem auch die Empfehlung, wie man damit umgeht, noch einmal auch einer internen juristischen Sicht unterzogen wird und dann werden wir uns im Stadtsenat damit beschäftigen. Ich rechne demnächst damit.

Luttenberger:

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, das Stück kommt in den Stadtsenat nach eingehender rechtlicher Begutachtung von etlichen Stellen, ist das korrekt?

Nagl:

Wichtig ist, so glaube ich, dass wir uns auch anschauen, wie weit das von Erfolg gekrönt ist, wenn wir so eine Beschwerde einbringen. Es geht mir immer um die Beschwerde bei der Volksanwaltschaft, macht das Sinn? Das Gutachten ist ein Gutachten, an dem werden wir auch nicht allzu viel verändern, sondern das so einbringen. Das werden wir demnächst einbringen, ich habe es auch der Kollegin Wirnsberger, die im Stadtsenat schon danach gefragt hat, versprochen.

Dreisiebner:

Ohne lästig fallen zu wollen, ganz klar ist mir nicht, ob das wirklich so in den Stadtsenat kommt, weil es ja noch juristisch geprüft wird und unter Umständen dieser Weg dann doch nicht beschritten wird, begründet, unter Umständen, weil es nicht aussichtsreich

sein könnte. Gibt es eine alternative Strategie, um nicht zu sagen eine Exit-Strategie, an die sie denken als Wirtschaftsstadtrat, Herr Bürgermeister?

Nagl:

Ich denke, dass es ganz wichtig ist, wir werden es im Stadtsenat behandeln. Wie wir dann entscheiden, ich kann dem Stadtsenat jetzt nicht vorgreifen, aber wir werden dieses Gutachten und auch was wir damit machen können, um in diesem Streit auch die Interessen der Stadt Graz und der Grazer Wirtschaft zu vertreten, nicht nur der Innenstadt, sondern auch der Einkaufszentren, die bei uns legal errichtet wurden, das wir dann im Stadtsenat zu einer Beschlussfassung führen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.55 Uhr).

4.6 Frage 6: ÖV-Erschließung Center-Ost und Umgebung Gemeinderat (GR Hötzl, FPÖ an Stadträtin Elke Kahr, KPÖ)

GR. Hötzl:

Sehr geehrte Frau Stadträtin. Es geht um die öffentliche Verkehrserschließung des Centers Ost in Graz St. Peter und Umgebung, weil da tut sich einiges. Die Erschließung des stetig wachsenden Gewerbegebietes rund um das Center Ost am St. Peter Gürtel ist zwar gegeben, jedoch mittlerweile als absolut unzureichend anzusehen. Da das Gewerbegebiet immer größer wird und weiter ausgebaut wird. Erst unlängst wurde im Gemeinderat der Bebauungsplan für das dem Center Ost gegenüberliegende Grundstück beschlossen. Weiters ist westlich vom Center Ost ein weiteres Geschäftsgebäude gerade im Bau; östlich zwischen Center Ost und Obi-Markt drinnen ist ein weiteres großes Geschäftsgebäude mit Verkaufs und Büroflächen in Planung

und steht kurz vor Baubeginn. Nicht nur die Mitarbeiter, sondern vor allem auch die Kunden dieser bestehenden im Bau befindlichen und weiter geplanten Objekte haben den dringenden Bedarf, diesen Bereich auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen zu können. Ein gut geführtes und geplantes Ärztezentrum musste erst kürzlich aus dem Center Ost ausziehen, da die Patienten, tendenziell offenbar Menschen, die auf den öffentlichen Verkehr eher noch angewiesen sind, aufgrund der dürftigen ÖV-Anbindung ausgeblieben sind. Gerade dieses Ärzte-Zentrum wäre aber für den südlichen Teil des Bezirk St. Peter mit dem weiteren Einzugsgebiet Raaba – Grambach – Hausmannstätten und Hart bei Graz eine wichtige medizinische Versorgungseinrichtung für den lokalen Standort gewesen.

Weiters möchte ich gerade Sie als kommunistische Stadträtin darauf aufmerksam machen, dass die Qualität des Wirtschaftsstandortes Graz auch entscheidend dafür ist, in welchem Ausmaß die Stadt über die Kommunalsteuer dringend notwendige Einnahmen lukrieren kann.

Daher richte ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Wie sehen die Planungen für die ÖV-Erschließung des Gebietes rund um das Center Ost in Graz St. Peter aus, und wie weit sind diese Planungen bereits fortgeschritten?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die Erschließung des stetig wachsenden Gewerbegebietes rund um das Center Ost (St.-Peter-Gürtel) ist zwar gegeben, jedoch mittlerweile als absolut unzureichend anzusehen, da das Gewerbegebiet immer größer wird und weiter ausgebaut wird. Erst unlängst wurde im Gemeinderat der Bebauungsplan für das dem Center Ost

gegenüberliegende Grundstück beschlossen. Weiters ist westlich vom Center Ost ein weiteres Geschäftsgebäude gerade in Bau. Östlich vom Center Ost (zwischen Center Ost und OBI-Markt) ist ein weiteres großes Geschäftsgebäude mit Verkaufs- und Büroflächen in Planung und steht vor dem Baubeginn. Nicht nur die Mitarbeiter, sondern vor allem auch die Kunden dieser bestehenden, in Bau befindlichen und weiter geplanten Objekte haben den dringenden Bedarf, diesen Bereich auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Ein gut geführtes und geplantes Ärztezentrum musste erst kürzlich aus dem Center Ost ausziehen, da die Patienten – tendenziell offenbar Menschen, die auf den ÖV angewiesen sind – aufgrund der dürftigen ÖV-Anbindung ausgeblieben sind. Gerade dieses Ärztezentrum wäre aber für den südlichen Teil des Bezirks St. Peter mit dem weiteren Einzugsgebiet Raaba, Grambach, Hausmannstätten und Hart bei Graz eine wichtige medizinische Versorgungseinrichtung für den lokalen Standort gewesen. Weiters möchte ich gerade Sie als kommunistische Stadträtin darauf aufmerksam machen, dass die Qualität des Wirtschaftsstandortes Graz auch entscheidend dafür ist, in welchem Ausmaß die Stadt über die Kommunalsteuer auch dringend notwendige Einnahmen lukrieren kann.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Wie sehen die Planungen für die ÖV-Erschließung des Gebietes rund um das Center Ost in Graz St. Peter aus, und wie weit sind diese Planungen fortgeschritten?

StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Herr Gemeinderat, danke für die Anfrage. Auf die Frage kann ich einfach ganz konkret antworten. Sehr gut, die Planungen sind eigentlich soweit abgeschlossen. Es geht nur mehr um die Finanzierung. All das, was du im Motivenbericht angesprochen hast, kann ich nur unterstreichen. Letztes Jahr im Herbst war ja auch der Betreiber von dem Shoppingcenter Ost bei uns und aufgrund dessen habe ich auch die Kolleginnen und Kollegen im Verkehrsplanungsamt, die auch Kontakt mit den Holding Graz Linien aufgenommen haben, es ist so das, um es konkret dir gleich zu sagen, die Firma Watzke hat eben dieses Konzept fertig abgeschlossen mit der Holding Graz Linien. Es ist daran gedacht, von Montag bis Samstag jeweils in der Zeit von 8:15 bis 18:45 Uhr im Halbstundentakt eine Anbindung herzustellen und das Verkehrsplanungsamt ist jetzt bereit, also bereits so weit, dass man einen diesbezüglichen Beschlussantrag für eine der nächsten Gemeinderatssitzungen vorbereiten können.

Hötzl:

Ok, das klingt ja sehr gut eigentlich. In welche Richtung kann man das noch sagen? Ich meine die Verkehrserschließung, wenn ich schon Watzke hör, klingt mir das eher nach einer Anschließung, die vielleicht nur in den Außenteilen des Bezirkes oder Ringes geht. Toll wäre natürlich, wenn man da in Richtung Innenstadt kommen würde oder zumindest einen Anschluss zum 6er oder zu irgendeiner Möglichkeit, dass man möglichst rasch zum Hauptplatz oder Jakominiplatz kommt, wo ich eine Verteilung auf das gesamte Stadtgebiet hab. Erstens, in welche Richtung läuft diese Erschließung und ich habe es nicht aufgeschrieben, oder zumindest habe ich es überhört, wann sollte das Ganze starten?

Kahr:

Wie wir heute schon gesprochen haben, es braucht natürlich immer die Finanzierung dazu. Gehen tut es um den 75 U, ganz konkret, der auch einen Teil des Wohngebietes, das neu dort errichtet worden ist, erschließen soll und starten sollte es aus unserer Sicht, könnte es mit 1. Juli starten, wenn, wie gesagt, die Finanzierung, aber da haben wir ja mit dem Herrn Bürgermeister und auch mit dem Stadtrat Riegler bereits gesprochen und da gibt es auch positive Signale und wenn der Gemeinderat sozusagen mehrheitlich diesem Stück zustimmt, dann könnte man im Juli starten.

**4.7 Frage 7: Geplante Expositurklassen VS Krones
(GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer, SPÖ an Stadtrat Hohensinner, ÖVP)**

GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer:

Sehr geehrter Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Stadtsenats, Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne.

Die Entscheidung, in welche Schule und an welchen Schulstandort Eltern ihre Kinder geben, ist eine heikle Frage. Ich glaube, das weiß jeder von uns, der Kinder hat. Man überlegt sich das sehr lange, man schaut sich mehrere Standorte und Schulen an, man führt Gespräche, es gibt jetzt Gott sei Dank ein Vormerkssystem, wo man auch drei Wunschschulen gereiht abgeben kann und wenn dann diese Entscheidung getroffen ist und die Kinder in der ersten Klasse sind, dann ist man meistens sehr erleichtert und schaut auch den nächsten vier Jahren entgegen. Wenn es nun zu einer gravierenden Änderung kommt, wie es im Bereich der Volksschule Krones der Fall ist, dass nämlich im nächsten Jahr vier Klassen der Volksschule Krones aus bekannten Gründen, wir haben ja auch schon darüber gesprochen bzw. sind auch schon informiert worden, an einen anderen Standort, nämlich an den Standort der Volksschule Brockmannngasse, verlegt werden sollen, dann ist es eine sehr heikle und wichtige Geschichte, wie man die Eltern darüber informiert. Es ist voraussehbar, dass das möglicherweise für Unruhe

sorgen wird, und es ist voraussehbar, dass es auch zum Teil zu Widerständen kommen wird, vor allem, wenn die Vorgehensweise, wie in diesem Fall, gelaufen ist. Nämlich, dass Eltern am Tag vor den Semesterferien, also am letzten Schultag und wo dann eigentlich nichts mehr zu machen war, ein Schreiben bekommen, dass ihre Kinder im nächsten Schuljahr an dem neuen Standort sein werden. Nicht, dass überlegt werden wird, ob sie dort sein werden, sondern bereits wirklich im Futur verfasst, sie werden im nächsten Jahr an diesem Standort sein.

Das hat natürlich, wie Sie auch alle aus den Medien wissen, zu einiger Unruhe geführt und zu großer Verunsicherung. Es soll nun nächste Woche in den betreffenden Klassen auch im Elternforum Abstimmungen geben und ich kann mir gut vorstellen, dass es da auch möglicherweise die eine oder andere Klasse sich dagegen entscheiden wird, den Standort zu wechseln und ich darf daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage

stellen:

Wie ist die weitere Vorgehensweise in Bezug auf die geplante Einrichtung von Expositurklassen der Volksschule Krones in den Räumlichkeiten der Volksschule Brockmannngasse, falls sich die Eltern der dafür vorgesehenen Klassen gegen eine räumliche Veränderung aussprechen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Lieber Kurt! Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Wie ist die weitere Vorgehensweise in Bezug auf die geplante Einrichtung von Expositurklassen der Volksschule Krones in den Räumlichkeiten der VS Brockmanngasse, falls sich die Eltern der dafür vorgesehenen Klassen gegen eine räumliche Veränderung aussprechen?

StR. Hohensinner, MBA:

Liebe Frau Kollegin. Danke für die Frage. Wie du weißt, haben wir am Bildungsstandort Graz eine ziemliche Herausforderung zu schultern. Wir haben jedes Jahr um die 200 - 250 Kinder mehr unterzubringen. Das fordert uns zweierlei. Einerseits, indem wir ein massives Ausbaupaket umsetzen. Wir haben erst kürzlich das erste Paket umgesetzt, wir haben hier € 65 Millionen investiert. Das zweite Paket ist in den Startlöchern. Hier werden wir voraussichtlich € 70 Millionen investieren müssen. Das ist einerseits wichtig, andererseits ist es notwendig, dass wir freien Schulraum auch auffüllen. Ich glaube, das ist uns allen so bewusst, dass das auch das Anliegen der Stadt Graz sein muss.

Wir haben jetzt eine Situation von einer Volksschule Krones, Krones die wirklich besticht durch ein schlüssiges Konzept mit Englisch als Zweitsprache; das ist wirklich eine Volksschule, die einen regen Zulauf hat einerseits, andererseits haben wir die Brockmann-Schule, wo wir großzügig umgebaut haben und wo wir sehr viel Klassenraum leerstehend haben. Jetzt war unsere Idee, und ich glaube, die ist nachvollziehbar, dass wir Schritt für Schritt den Klassenraum in der Brockmann-Schule auffüllen und die Idee war einfach, das tolle Konzept der Krones-Schule dafür zur verwenden, nämlich dass wir Expositurklassen in diese Schule auch integrieren. Jetzt war mein Vorschlag, dass wir immer neue Klassen, erste Klassen dort aufsteigend integrieren werden, die Direktorin der Krones-Schule hat aber die Idee gehabt, weil sie nicht eine Klasse dort alleine unterbringen wollte, dass man zusätzlich zu der ersten Klasse, die neu aufgenommen wird, eine bestehende erste bzw. 2. bzw. 3. Klasse unterbringen soll. Zugegeben, du hast das beschrieben, die Information war wirklich,

um es dezent auszudrücken, unglücklich gewählt, nämlich einen Tag vor Ferienbeginn. Aber ich möchte mich auch trotzdem bei allen Beteiligten bedanken, die in der Kommunikation jetzt wirklich das Möglichste getan haben, auch allen voran Günter Fürntratt. Ich habe von wirklich vielen Eltern auch gehört, dass der Günter Fürntratt mit dem Team der Abi hier wirklich gut informiert hat. Aber wie schaut es aus? Es gibt am 21. März eine Abstimmung. Jede Klasse kann abstimmen, ob sie auf den Standort der Brockmann wechseln möchte, wir haben auch nicht gesagt, das soll mehrheitlich so bestimmt werden, sondern zwei Drittel der Eltern müssen sich für den Wechsel aussprechen, erst dann kommt es zu einer Transferierung, einer Umsiedelung und ich glaube, das ist fair.

Aber zu deiner Frage, was passiert, wenn sich jetzt die drei Klassen dagegen aussprechen sollten. Wir werden jetzt in Bälde anfangen, in der Brockmannschule umzubauen. Insgesamt sind vier Klassenräume vorgesehen plus Räumlichkeiten für die Ganztagesbetreuung und Gruppenräume, auch ein Lehrerzimmer ist vorgesehen und das würde so in Umsetzung kommen, dass man eigentlich mit September dann fertig sind und sollten die bestehenden Klassen der Krones-Schule absagen, wird dann eine Klasse aufgenommen und wir haben vier Jahre Zeit, um anzufüllen. Ich bin da wirklich ganz auf der Seite der Entscheidung der Eltern, und entweder geht es schnell, dann hätte es den Vorteil, dass wir in der Krones-Schule Platz schaffen könnten, weil wie du weißt, die Krones-Schule klagt ja, dass die Ausspeisung im Keller stattfindet, dass zuwenig zusätzliche Gruppenräume da sind. Wenn wir den Schritt jetzt machen könnten, geht es der Krones-Schule gut, aber falls nicht, dann haben wir erst in vier Jahren die richtige Verbesserung.

GRⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:**

Vielen Dank einmal auch für dieses Statement, dass die Eltern jedenfalls nicht gezwungen werden und dass sonst notfalls nur eine Klasse dort sein wird, die starten wird. Denn ich glaube, hier Druck auf die Eltern zu machen, wie man's zum Teil leider

auch hört, ist sicher nicht der richtige Weg und führt hier auch nicht zu einer Entlastung der Situation. Meine Zusatzfrage wäre, nachdem es interessanterweise eine zukünftige vierte Klasse, zwei zukünftige zweite Klassen sind, oder eben, Entschuldigung, eine zukünftige dritte Klasse und zwei zukünftige zweite Klassen sind, wie sind hier die Auswahlkriterien für die Klassen gefallen? Es scheint keine besondere Logik in sich zu haben. Die erste Klasse ist naheliegend, wobei sich auch hier die Frage stellt, wurden die Eltern beim Aufnahmegespräch schon über diese Möglichkeit informiert, dass sie möglicherweise an einem ganz anderen Standort im Herbst landen werden, als sie ursprünglich gedacht haben? Und meine konkrete Zusatzfrage, wie gesagt, falls man die erste jetzt als rhetorische Frage auffassen könnte, dann wäre die konkrete Zusatzfrage: Wie denn die Auswahlkriterien für diese vier in betreff kommenden Klassen waren?

Hohensinner:

Ich möchte nur wirklich aufs Schärfste zurückzuweisen, dass da irgendein Druck ausgeübt wird. Ich glaube, alle, die hier dabei waren bzw. der Günter Fürntratt ist da hinten, er hat auch den Kopf geschüttelt. Es ist wirklich den Eltern überlassen. Entweder kommt's zu dieser Übersiedlung schnell, oder wir machen das über fünf Jahre. Also das ist wirklich den Eltern überlassen. Zur anderen Frage, wie ist die Auswahl getroffen worden? Ich habe dir in der ersten Beantwortung gesagt, eigentlich hätten wir geplant gehabt, dass wir immer nur eine Klasse quasi zusätzlich integrieren. Das war der Vorschlag der Direktorin. Ich habe auch diesen Vorschlag hinterfragt und sie hat da wirklich eine gute Antwort gehabt. Die Krones-Schule hat Gott sei Dank auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und hier ist bewusst ausgewählt worden, dass jene Klassen hier übersiedelt werden, wenn sich die Eltern aussprechen, die keine Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Ich weiß das als Behindertenpädagoge genau, für solche Kinder ist es natürlich doppelt schwierig. Und so ist die Auswahl getroffen worden und ich glaube, es ist pädagogisch, du bist ja selbst Pädagogin, gut nachvollziehbar.

**4.8 Frage 8: Fehlender Gehsteig im Anschluss an das Haus Waltendorfer Hauptstraße 6
(GR Stöckler, ÖVP Stadträtin Kahr, KPÖ)**

GR. Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Galerie. Liebe Elke, lieber Stadträtin, liebe Verkehrsstadträtin. In den letzten Monaten hat sich die Fahrt in das Rathaus, in mein Büro jetzt, hat sich etwas geändert. Ich verwende jetzt immer den Sechziger-Bus die Waltendorfer Hauptstraße hinunter, und da ist mir etwas aufgefallen, wo ich eigentlich erst gedacht habe, dass es ein Schildbürgerstreich ist. Ich habe dann mit dem Peter Mayr, dem Bezirksvorsteher von Waltendorf, Rücksprache gehalten und uns ist beiden aufgefallen, es gibt zahlreiche Neubauten in der Waltendorfer Hauptstraße. Das ist sehr gut auch wird kontrolliert, aber bei einem Bau auf der Waltendorfer Hauptstraße Nummer 6 ist etwas passiert, da ist links und rechts ein Gehsteig und der endet im Nirgendwo. Jetzt muss man sich vorstellen, es ist ein Neubau, es gibt unten dann auch das Venta-Gebäude, Kreuzung Plüddemangasse, Waltendorfer Hauptstraße und man verlässt dann das Gebäude Waltendorfer Hauptstraße Nr. 6 und kann nirgends hin. Jetzt gibt es in diesem Mehrfamilienhaus auch Kinder. Teilweise mit Kinderwägen auch und diese Eltern und Kinder können das Haus eigentlich nicht verlassen, weil es an einer Stelle ist, wo die Querung der Straße wirklich, ich will jetzt nicht sagen lebensgefährlich, ich habe es im Antrag geschrieben, aber zumindest sehr gefährlich ist. Jetzt würde sich für mich die

Frage

stellen, liebe Elke, bist du bereit, mit den zuständigen Abteilungen, gegebenenfalls auch mit dem Land Steiermark, eine Lösung zu erarbeiten, die es diesen Familien ermöglicht, ihr Haus auch zu Fuß zu verlassen? Danke.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr! Im Zuge der nochmaligen Evaluierung der Verkehrsführung in der Plüddemanngasse ist es unbedingt notwendig, sich auch den erweiterten Kreuzungsbereich Plüddemanngasse – Waltendorfer Hauptstraße anzusehen. Im Nahbereich dieser Kreuzung wurde ein Mehrfamilienhausprojekt Waltendorfer Hauptstraße 6 realisiert. In diesem Haus leben mehrere Familien mit Kindern. Jetzt stellt sich allerdings die Situation vor Ort so dar, dass, aus welchen Gründen auch immer, die Familien – oftmals auch mit Kinderwagen – keinen Gehsteiganschluss beim Verlassen des Hauses vorfinden. Das zwingt diese Familien, entweder die Waltendorfer Hauptstraße zu Fuß an dieser Stelle zu queren, die potentiell lebensgefährlich ist, oder das KFZ zu verwenden. Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

Bist du bereit, mit den zuständigen Abteilungen, gegebenenfalls auch dem Land Steiermark, eine Lösung zu erarbeiten, die es diesen Familien ermöglicht, ihr Haus auch gefahrlos zu Fuß zu verlassen?

StRⁱⁿ Kahr:

Danke für die Korrektur, aber es ist mir klar gewesen, dass er das weiß und ich weiß das auch von Bewohnern und auch von Bezirksvorstehern, die sind an mich auch herangetreten. Du weißt aber auch, warum das so schwierig ist. Das ist ja eine Sache, wo das Land Steiermark eh schon seit etlichen Monaten auf Hochdruck arbeitet, nach einer Lösung sucht. Das Hauptproblem liegt bei einer Grundstückseinlösung und zwar von einem Grundstückseigentümer der, um es jetzt einfach zu sagen, schon abenteuerliche Vorstellungen bezüglich des Preises hat. Das ist jetzt aber ein anderes Kapitel. Es wird auch an einer Lösung bezüglich Stützkonstruktion von der, so glaube

ich, du auch weißt, was die Problematik ist. Es wird gearbeitet beim Land Steiermark und ums einfach abzukürzen, weil ich habe mich hier mit meinen KollegInnen im Straßenamt auch schon lange unterhalten, wie wir uns hier einbringen können. Ich werde es persönlich machen, weil ich glaube nur mehr ein Vorwärtskommen in dieser Frage, die ich inhaltlich komplett teile, ich habe mir da die Daten geben lassen und ich werde erstens mit dem Grundstückseigentümer persönlich reden, weil da ist komplette Pattstellung derzeit und wir werden da gemeinsam an einer Lösung mit dem Land Steiermark arbeiten. Es wird sicher einen Weg geben, aber ich sehe hier nur mehr in einer persönlichen Einmischung eine Chance.

GR. Stöckler:

Danke, darauf hat ja die Frage auch gezielt. Wir brauchen hier wirklich Druck, damit das funktioniert, weil das Gebäude steht ja nicht erst seit gestern da und das Venta-Gebäude ist jetzt ganz neu errichtet. Dass im Zuge dessen, dass sich das so lange hinzieht, ist mir nicht ganz klar. Aber ich hätte eine Zusatzfrage. Und zwar, hast du im Rahmen der Antrittskonferenz, als du das Verkehrsressort neu übernommen hast, bemerkt, dass du besonderen Wert auf die Fußgänger legen wirst und jetzt ist das vielleicht nur ein Einzelfall, aber ein besonders dramatischer, aber es gibt ja noch andere Punkte. Wir haben die Problematiken besprochen in der Plüddemangasse usw. aber bist du vielleicht bereit, gerade was die Fußgänger und den Fußgängerverkehr betrifft, einen sogenannten Gefahrenkataster erarbeiten zu lassen, damit man dann wirklich anhand dessen die Gefahrenkriterien heranzieht, dass man sagt, ok, wir haben so und so viel Budget zur Verfügung, aber wir brauchen einfach in diesen Punkten Lösungen und die werden wir dann abarbeiten.

StRⁱⁿ **Kahr:**

Gerade weil so viele Problemstellungen sind in der Stadt Graz, vor allem im Süden und auch im Westen von Graz, das muss man dazusagen, da sind die Wünsche besonders stark, zu Recht auch, ist das Amt gerade dabei, so einen Prioritätenkatalog fertigzustellen. Den werde ich gerne dem Ausschuss dann vorlegen. Dazu muss man aber wissen, die Mittel, die wir haben, reichen nicht einmal für einen Bruchteil davon. Aber wichtig ist, dass alle wissen, die und die Problemstellen gibt es, dort und da gibt es auch die Wünsche, die ja auch von den Bezirksräten und den Bezirksvorstehungen auch mitgetragen werden und da muss man einen Prioritätenkatalog erarbeiten und darum habe ich gerade gebeten und dann kann man nur eines nach dem anderen abarbeiten. Wenn der Wunsch nach mehr ist, dann braucht es auch mehr Mittel.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.18 Uhr).

**4.9 Frage 9: HistorikerInnenkommission
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ Braunersreuther, KPÖ an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Sie haben heute selber drauf aufmerksam gemacht, im März 2018 befinden wir uns eigentlich schon nicht mehr am Anfang, sondern weit im Gedenkjahr 2018. Ich habe eine Frage zu der HistorikerInnenkommission zur Straßenbenennung in Graz, die diese nach NS-Unterstützern und KriegstreiberInnen untersuchen sollte. Diese Kommission hat vor vier Jahren ihre Arbeit aufgenommen auf einen Gemeinderatsbeschluss hin. Hat, wie ich erfahren habe, auch schon einen Bericht abgeliefert, in dem über 100 Namen, die sehr strittig sind, genannt werden. Sie haben jetzt in einem Zeitungsartikel von Anfang Februar angekündigt, die Ergebnisse stünden

nun bald für die Öffentlichkeit bereit. Bisher liegen jedoch keine Ergebnisse, Ihnen vielleicht, vor, aber uns nicht und der Öffentlichkeit auch nicht. Dabei würde sich gerade dieses Gedenkjahr anbieten, sich mit kritischem Umgang mit der Vergangenheit deutlich politisch zu positionieren. Deshalb stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

Frage:

Sind Sie bereit, die Ergebnisse der HistorikerInnenkommission dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Unter anderem, damit noch im Gedenkjahr Initiativen etwa zur Umbenennung von Straßen gestartet werden können.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, März 2018 – damit befinden wir uns eigentlich nicht mehr am Anfang, sondern schon weit im angekündigten Gedenkjahr 2018. Vor vier Jahren hat eine HistorikerInnenkommission zur Straßenbenennung in Graz nach NS-UnterstützerInnen und KriegstreiberInnen ihre Arbeit aufgenommen. In einem Zeitungsartikel von Anfang Februar haben Sie angekündigt, die Ergebnisse stünden nun bald für die Öffentlichkeit bereit. Bisher liegen jedoch noch keine Ergebnisse vor. Dabei würde sich doch gerade das Gedenkjahr anbieten, sich mit einem kritischen Umgang mit der Vergangenheit deutlich politisch zu positionieren.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die Ergebnisse der HistorikerInnenkommission dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, u.a. damit noch im Gedenkjahr Initiativen etwa zur Umbenennung von Straßen gestartet werden können?

Bgm. Mag. **Nagl**:

Frau Gemeinderätin, ich hab ja nach vielen Debatten, die immer wieder einzeln über Grazer Straßen aufgetaucht sind, mir dann vorgenommen, dass wir eine sehr breit zusammengesetzte Kommission einmal auch arbeiten lassen. Diese Kommission wurde mit, glaube ich, Zustimmung von allen letzten Endes auch beschlossen. Die Kommission hat ihre Arbeit jetzt fertiggemacht. Die Ergebnisse liegen vor. Die Vorberatung des Gemeinderatsstückes, ich möchte ein Stück einbringen im April Gemeinderat. Und ich werde aber, so wie wir es auch zu machen haben, letzten Endes in der Stadtsenatssitzung vorberatend für den Gemeinderat das Stück das erste Mal damit auch öffentlich machen. Das wird am 23. März sein, also noch in diesem Monat geht's zuerst in den Stadtsenat, dann wird es öffentlich werden und dann werden wir uns darüber zu unterhalten haben, wie wir dann im April mit all diesen durchaus bemerkenswerten, zum Teil auch durchaus schwierigen Straßenbenennungen und den Persönlichkeiten und Menschen dahinter danach umgehen werden. Es liegt dann sicherlich auch eine Empfehlung der Kommission vor, wie wir damit umgehen sollen. Aber ich kann Sie, so glaube ich, da zufriedenstellen, 23. März und danach auch in der April-Gemeinderatssitzung schon der Informationsbericht.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Braunersreuther**:

Herzlichen Dank und sehr erfreulich, das zu hören, dass da was vorwärtsgeht. Meine Zusatzfrage: Wären Sie bereit, diese Untersuchung, die jetzt zu den Straßennamen stattgefunden hat, auch auf von der Stadt angebrachte Gedenktafeln auszuweiten? Ein Beispiel, das sehr prominent ist, ist eine Gedenktafel in der Grazer Parkstraße. Für Ernst von Dombrowski. Für alle, die es nicht wissen, der sich ausgezeichnet hat als Gaupropagandaleiter, der während seines Graz-Aufenthalts zum Teil noch in der Zeit der illegalen NSDAP aktiv war, der als Lieblingsillustrator Hitlers gilt und dessen Gedenktafel prominent an dieser Stelle hängt bisher und keine Initiative bisher stattgefunden hat, dagegen etwas zu unternehmen.

Nagl:

Sie müssen eh ganz gute Kontakte zur Kommission haben, weil die Kommission unter anderem auch darüber diskutiert hat, wie geht man um mit Denkmälern, Gedenktafeln, Gedenkstätten, die wir sonst noch haben und ich würde mich jetzt aber freuen, wenn wir die fast 1000 Straßen von Graz im April aufgearbeitet haben, eine Entscheidung treffen, wie wir damit umgehen, ob Aberkennung, ob Namensänderungen erwünscht sind, ob Zusatztafeln angebracht werden und dann sollten wir uns irgendwann auch einmal Denkmälern und Tafeln widmen, das wird wahrscheinlich dann der nächste Auftrag werden. Sehe ich durchaus positiv.

**4.10 Frage 10: Runder Tisch - Verkehrslösung für den Lendplatz
(GR Mag. Moser, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

GR. Mag. **Moser:**

Verehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke.

Es geht wieder um die Verkehrslösung am Lendplatz, Runder Tisch. In dieser Angelegenheit hat es ja einige Anträge im Bezirksrat des Bezirkes Lend gegeben und die alle wurden einstimmig beschlossen. Der letzte im Oktober 2017, nachdem die FPÖ-Fraktion über einen Runden Tisch, der dann am 22. Jänner 2018 von Ihnen einberufen worden ist, keine Information erhalten hat und wir das auch penibel nachgeprüft haben, habe ich am 8. Februar die Anfrage gestellt, wie steht es eigentlich mit dem Verkehrskonzept usw? Sie haben mir damals dankenswerterweise recht schnell geantwortet, oder du hast mir recht schnell geantwortet, dass es am 22. Jänner einen Runden Tisch zu diesem Thema gegeben hat und du dazu zu einberufen hast. Dann ist die FPÖ Fraktion Lend nicht informiert worden über diesen Runden Tisch und praktisch aus der demokratischen Willensbildung ausgeschlossen worden. Daher richte ich an dich, liebe Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Bist du bereit, den Runden Tisch vom 22. März zu wiederholen bzw. einen neuerlichen Runden Tisch einzuberufen, damit auch die FPÖ-Mandatare des Bezirkes Lend ihre Vorschläge dazu einbringen können?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Zur Verkehrslösung am Lendplatz wurde in der Gemeinderatssitzung am 8. Februar 2018 auf einen einstimmigen Antrag des Bezirksrates Lend über die Erstellung eines Verkehrskonzeptes am Lendplatz aus dem Oktober 2017 verwiesen. Gleichzeitig wurde ausgeführt, dass diese Problematik noch ungelöst sei und auch keine Informationen darüber an den Bezirksrat Lend weitergeleitet worden seien.

In Ihrer Anfragebeantwortung haben Sie mitgeteilt, dass Sie für den 22. Jänner 2018 einen Runden Tisch zu diesem Thema einberufen hatten. In diesem Rahmen wurde festgelegt, dass die Verkehrsplanung mit einer Verkehrserhebung beauftragt werden möge, in der die derzeitigen Verkehrsbeziehungen – Ziel- und Quellverkehr, Durchzugsverkehr etc. – am und um den Lendplatz erfasst und ausgewertet werden sollen.

Zu diesem Runden Tisch wurden jedoch die Vertreter der FPÖ aus dem Bezirk Lend nicht eingeladen – weder der 2. BV-Stv. noch die beiden freiheitlichen Bezirksräte hatten daher die Möglichkeit, sich konstruktiv in diese Diskussion einzubringen.

Da die FPÖ-Bezirksratsfraktion Lend aus dieser demokratischen Willensbildung ausgeschlossen wurde, richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Sind Sie bereit, den Runden Tisch vom 22. Jänner zu wiederholen bzw. einen neuerlichen Runden Tisch einzuberufen, damit auch die FPÖ-Mandatare des Bezirksrates Lend ihre Vorschläge dazu einbringen können?

StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Herr Gemeinderat. Ich kann es kurz machen. Ja, sehr gerne. Weil das auch von Haus aus meine Absicht war. Ich bin davon ausgegangen, dass sozusagen die Bezirksvorstehung das weitergibt. Das ist offenbar nicht erfolgt, mag vielleicht gar keine böse Absicht gewesen sein, aber es spricht überhaupt nichts dagegen, das noch einmal einzuberufen, weil es sowieso auch Gelegenheit gibt, eine Zwischeninformation zu geben bzw. auch einen weiteren Tagesordnungspunkt, der mir auch wichtig ist, dass sie alle das erfahren im Bezirksrat, wir auch mitaufnehmen können.

Moser:

Selbstverständlich gibt es eine Zusatzfrage. Liebe Elke, danke für den guten Vorschlag und die Idee also, dass du das recht schnell machst und dort deine Dinge bereits vortragst. Nun kommt es aber vor, und in den letzten Jahren vereinzelt, aber doch vorgekommen, dass die Opposition in den Bezirksräten oder nicht alle Fraktionen des Bezirksrates oder der einzelnen Bezirksräte über wichtige Dinge und Verkehrsprobleme informiert worden sind. Das ist auch vor deiner so Zeit so gewesen. Kürzlich war es auch in Eggenberg einmal der Fall. Jetzt frage ich dich, bist du bereit, in wichtigen Verkehrsangelegenheiten, sei es Verkehrsgenehmigungen, Verkehrsverhandlungen, aber auch andere wichtigere Angelegenheiten, in Zukunft alle Fraktionen, das heißt, auch die Opposition, die nicht im Bezirksvorstand vertreten ist, zu informieren?

Kahr:

Die Ämter informieren über Verkehrsverhandlungen immer alle. Das ist ja auch die Aufgabe, aber nicht von mir, sondern von der Bezirksvorsteherung. Das musst du wirklich mit dem Kollegen Krainer ausmachen, aber selbstverständlich pflege ich einen Stil und das weißt du auch, ich weiß nicht ob es in der Vergangenheit immer so war, wo so viele Informationen weitergehen, du kannst jederzeit in mein Büro kommen und es ist bei uns sehr offen und transparent und Informationen gehen auch weiter. Da sehe ich überhaupt kein Problem.

Vorsitzwechsel – Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (13.28 Uhr).

4.11 Frage 11: Kontrolle der Streumittelverordnung

(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat. In meiner Frage geht um die Kontrolle der Streumittelverordnung. Es hat in den letzten Wochen vermehrt Beschwerden gegeben wegen Salzstreuung auf Gehsteigen. Diese erfolgte nicht nur während der gerade zurückliegenden Periode polarer Kälte, die wir gerade überstanden haben, sondern auch an Tagen, wo keine Gefahr des Gefrierens bestand. Es ist bei den Menschen, auch bei mir, der Eindruck entstanden, dass das Salzstreuen oder das Streuen von Auftaumitteln neuerdings das Schneeschaufeln ersetzt. Abgesehen davon, dass in vielen Fällen auf den Gehsteigen durch diese Methode eine sehr glitschige, rutschige Schicht entstand, haben auch viele HundebesitzerInnen über offene Pfoten ihrer vierbeinigen Freunde geklagt. Ich habe in meiner Frage dann kurz dargestellt, wie das in der Straßenverkehrsordnung geregelt ist und dass es so ist, dass bei extremen Witterungsbedingungen über Verlautbarung des

Bürgermeisters die Salzstreuung erlaubt ist. Eine solche Verlautbarung hat es aber nicht gegeben.

Jetzt ist es so, dass wir in Graz eine Streumittelverordnung haben, die ganz klar besagt, dass nur mehr die Verwendung von abriebfestem Basaltsplitt und von Auftaumitteln mit weniger als 1 % Natriumchlorid erlaubt ist, und die Verwendung von Auftausalzen mit mehr als 1 % Natriumchlorid ist verboten. Die Erfahrungen der letzten Wochen verlangen auch im Sinne des Tierschutzes für die nächste Wintersaison eine eingehende Beschäftigung damit, ob die Streumittelverordnung, sowohl was die Art des Streumittels als auch dessen Menge betrifft, eingehalten wird. An sich ist es so, die Einhaltung von städtischen Verordnungen die Ordnungswache zuständig ist und es stellt sich uns die Frage, inwieweit die Grazerinnen und Grazer, hier besonders die Hausverwaltungen und Reinigungsdienste über den Inhalt der Streumittelverordnung an sich informiert sind. Daher stelle ich an Sie seitens des Grünen Gemeinderats die

Frage:

In welcher Form wird die Einhaltung der Grazer Streumittelverordnung kontrolliert und inwieweit kommt hier die Ordnungswache, die ja für die Kontrolle der Einhaltung der städtischen Verordnungen zuständig ist, zum Einsatz?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, im vergangenen Winter kam es zu vermehrten Beschwerden wegen Salzstreuung auf Gehsteigen. Diese erfolgte nicht nur während der gerade zurückliegenden Periode polarer Kälte, sondern auch an jenen Wintertagen, an denen keine Temperaturen herrschten, die den Schnee zum Gefrieren bringen würden. Es entstand der Eindruck, dass das Streuen von Salz als Ersatz für das Schneeschaukeln gesehen wird. Abgesehen davon, dass in vielen Fällen auf den Gehsteigen dadurch eine

glitschige Schicht entstand, klagten viele HundebesitzerInnen über offene Pfoten ihrer vierbeinigen Freunde.

Nach § 93 der Straßenverkehrsordnung (StVO) sind die Eigentümer von Liegenschaften grundsätzlich verpflichtet, den Gehsteig von Schnee und Verunreinigungen zu säubern bzw. bei Glatteis zu bestreuen. Die Verpflichtung besteht von 06:00 Uhr bis 22.00 Uhr. Die Grazer Streumittelverordnung gilt „auf allen im Stadtgebiet gelegenen Verkehrsflächen, die für Fahrzeuge oder Fußgänger bestimmt sind, wie Straßen, Gehsteige, Zufahrten, Abstellplätze usw.“. Ausnahmen gelten bei Flächen mit Steigung und besonderer Gefährdung oder bei extremen Witterungsverhältnissen bei einer Verlautbarung des Bürgermeisters, wobei auch in diesem Fall die Streumenge stark beschränkt ist. Eine solche Verlautbarung ist unserer Information nach in den vergangenen Wochen nicht erfolgt.

Die Streumittelverordnung sieht zur Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte nur mehr die Verwendung von abriebfestem Basaltsplitt und von Auftaumitteln mit weniger als 1% Natriumchlorid vor. Die Verwendung von Auftausalzen mit mehr als 1% Natriumchlorid ist verboten.

Die Erfahrungen der letzten Wochen verlangen – auch im Sinne des Tierschutzes – für die nächste Wintersaison eine eingehende Beschäftigung damit, ob die Streumittelverordnung, sowohl was die Art des Streumittels als auch dessen Menge betrifft, eingehalten wird – damit es unseren vierbeinigen Freunden dann besser geht. Für die Einhaltung von städtischen Verordnungen wäre grundsätzlich die Ordnungswache zuständig. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie weit die Grazerinnen und Grazer und hier insbesondere Hausverwaltungen und Reinigungsdienste über den Inhalt der Streumittelverordnung informiert sind. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

In welcher Form wird die Einhaltung der Grazer Streumittelverordnung kontrolliert und inwieweit kommt hier die Ordnungswache, die ja für die Kontrolle der Einhaltung der städtischen Verordnungen zuständig ist, zum Einsatz?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Ja, Frau Gemeinderätin, Sie haben es eh schon erwähnt und wir haben es auch schon gesagt, wir haben heuer natürlich einen Winter gehabt, der besonders war und unüblich war, wenn man ihn mit den letzten Jahren vergleicht, aber daher ist es halt auch zu erhöhtem Einsatz von verschiedenen Streumitteln gekommen. Konkret zu Ihrer Frage. Die Ordnungswache überprüft, oder zwei Antworten, die Ordnungswache überprüft die Grazer Streumittelverordnung im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Jedoch ist festzuhalten, dass eine faktische Prüfung des eingesetzten Streumittels nicht vollziehbar ist. Wie soll man sich das vorstellen, dass die die Inhaltstoffe überprüfen sollen? Da müsste man chemische Analysen machen und das lässt sich nicht machen. Das ist unrealistisch. Da die Verhängung von Organmandaten nicht vorgesehen ist, kommt es bei einem offensichtlichen Vorstoß zur Anzeige und das ist die einzige Aufgabe, die in diesem Zusammenhang die Ordnungswache auch durchführen kann.

Pavlovec-Meixner:

Ja, danke einmal für die Antwort. Es gibt eine Zusatzfrage, und zwar befand sich auf der Webseite der Stadt Graz seit 22 Februar heurigen Jahres eine Information zum Thema Schneefall und Gehsteig räumen und in dieser Informationen der Website Stadt Graz wurde mit keinem einzigen Wort die Streumittelverordnung verwendet, was mich schon sehr überrascht hat und daher lautet meine Zusatzfrage, sind Sie bereit, vor der nächsten Wintersaison Reinigungsdienste per Schreiben zur Einhaltung der Streumittelverordnung aufzufordern und die Bevölkerung über alle Kanäle der Stadt Graz zu informieren?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Sie haben es eigentlich selbst schon gesagt, bei der Streumittelverordnung handelt es sich um eine ortspolizeiliche Verordnung, die zur Verbesserung der Luftgüte insbesondere im Zusammenhang mit Feinstaubproblematik beitragen soll. 2017, 2018 hat es bisher eine einzige Anzeige gegeben, die bei der Behörde eingegangen ist. Wenn Sie glauben, dass man die Menschen informieren sollte, was durchaus richtig und wichtig wäre, dann glaube ich, ist ihre Stadträtin die geeignete Ansprechstelle, die das auch durchführen könnte. Aber nicht meine.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.33 Uhr).

Ende der Fragestunde um 14.30 Uhr.